

WEGLEITUNG

betreffend

- die **Bewilligungsvoraussetzungen**
- zum **Geschäftsbetrieb** in der Schweiz oder von der Schweiz aus
- von **Schadensversicherungsunternehmen**
- mit **Sitz ausserhalb** der **EU**, der **Schweiz** und **Liechtenstein**

Stand: 16. August 2010

Zweck

Versicherungsunternehmen mit Sitz ausserhalb der EU, der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein bedürfen einer Bewilligung für der FINMA, gleichgültig ob sie in der Schweiz und/oder von der Schweiz aus im Ausland Versicherungsgeschäfte betreiben (vgl. Art. 2 Abs. 1 Bst. b Versicherungsaufsichtsgesetz [VAG, SR 961.01]). Zur Erleichterung der Einreichung von Gesuchen gibt diese Wegleitung einen Überblick über die Voraussetzungen und das Vorgehen zur Erlangung einer Bewilligung zum Geschäftsbetrieb als Versicherungsunternehmen in der Schweiz. Diese Wegleitung begründet keine Rechtsansprüche. Für die rechtliche Beurteilung relevant sind die gesetzlichen Grundlagen sowie die einschlägigen FINMA-Rundschreiben.

I. Grundsätzliches

Eine Bewilligung ist **für jeden einzelnen Versicherungszweig** erforderlich (Art. 3 – 6 VAG). Die Bewilligung für einen Versicherungszweig schliesst ebenfalls die Bewilligung für die aktive Rückversicherung in diesem Versicherungszweig ein (Art. 3 Abs. 5 Aufsichtsverordnung [AVO; SR 961.011]).

Die Bewilligung wird erteilt, wenn die gesetzlichen Anforderungen erfüllt und die Interessen der Versicherten gewahrt sind (Art. 6 VAG). Nach **Erteilung der Bewilligung** übt die FINMA eine **ständige Aufsicht** über die gesamte Geschäftstätigkeit der Versicherungsunternehmen aus (Art 1 i.V.m. Art. 56 Finanzmarktaufsichtsgesetz [FINMAG, SR 956.1] und Art. 46 VAG).

Die Versicherungsunternehmen haben den **Betrieb** der ihnen bewilligten Versicherungszweige innert sechs Monaten tatsächlich aufzunehmen (Art. 61 VAG).

Ohne Bewilligung ist es untersagt, in der Schweiz oder von der Schweiz aus Versicherungsgeschäfte zu betreiben (Art. 44 FINMAG).

II. Vorgehen zur Erfüllung des Bewilligungsanforderungen

Das Versicherungsunternehmen hat in der Schweiz eine Zweigniederlassung für das gesamte schweizerische Geschäft zu errichten und als seinen Leiter einen Generalbevollmächtigten zu bestellen (Art. 15 VAG).

Das Versicherungsunternehmen hat der FINMA ein Gesuch um Erteilung der Bewilligung zum Geschäftsbetrieb einzureichen, dem ein Geschäftsplan beizulegen ist (Art. 4 VAG). Das Gesuch und der Geschäftsplan sind in einer Amtssprache einzureichen. Es besteht die Möglichkeit, der FINMA den Geschäftsplan bereits vor der formellen Gesuchseinreichung vorzulegen, damit er in gegenseitiger Zusammenarbeit bereinigt werden kann.

Eine Bewilligung wird erteilt für einen oder mehrere der im Anhang I zur AVO (B. Schadenversicherung) aufgeführten Versicherungszweige.

Versicherungsunternehmen, die in ihrem Sitzland sowohl das Lebens- wie das Nichtlebensgeschäft betreiben (Kompositversicherer), dürfen als Schadenversicherungsunternehmen grundsätzlich in der Schweiz die Lebensversicherung nicht betreiben (Art. 12 VAG).

Ferner darf ein Versicherungsunternehmen neben dem Versicherungsgeschäft grundsätzlich nur Geschäfte betreiben, die damit in unmittelbarem Zusammenhang stehen (Art. 11 VAG).

II.1 Geschäftsplan

Für die Einreichung des Geschäftsplanes sind die Formulare der FINMA zu verwenden, welche zusammen mit den Erläuterungen dazu auf der Homepage der FINMA zu finden sind.

Der Geschäftsplan muss folgende Angaben und Unterlagen enthalten (Art. 4 VAG):

1. Auszug aus dem Handelsregister für die Zweigniederlassung in der Schweiz oder eine Bestätigung des Handelsregisteramtes, dass die Eintragung der Zweigniederlassung nicht erforderlich ist.
2. Die Statuten des Versicherungsunternehmens sowie die letzten drei Geschäftsberichte.
3. Die Organisation und den örtlichen Tätigkeitsbereich des Versicherungsunternehmens, gegebenenfalls auch der Versicherungsgruppe oder des Versicherungskonglomerats, zu denen das Versicherungsunternehmen gehört.
 - Das Versicherungsunternehmen macht Angaben über das Gesamtsystem der Unternehmensorganisation und der Führungs- und Kontrollinstrumente. Es berichtet auch über das interne Kontrollsystem und die interne Revisionsstelle.

- Beizulegen ist ein Organigramm des Versicherungsunternehmens und wenn es einer Versicherungsgruppe oder einem Konglomerat angehört ebenfalls der Versicherungsgruppe bzw. des Konglomerats.
 - Beizulegen ist ein Organigramm der Zweigniederlassung in der Schweiz.
4. Bei Versicherungstätigkeit im Ausland: die Bewilligung der zuständigen ausländischen Aufsichtsbehörde oder eine gleichwertige Bescheinigung.
5. Angaben zur finanziellen Ausstattung und zu den Rückstellungen. Dazu gehören insbesondere:
- Finanzielle Ausstattung: Das ausländische Versicherungsunternehmen muss
 - am Hauptsitz über ein Kapital nach Art. 8 VAG verfügen und eine Solvabilitätsspanne nach Art. 9 ausweisen, die auch die Geschäftstätigkeit in der Schweiz umfasst;
 - in der Schweiz über unbelastete Vermögenswerte im Umfange der geforderten Solvabilitätsspanne verfügen.
 - in der Schweiz (Schweizerische Nationalbank) eine Kautions hinterlegen, welche im Umfang von 10 % der geforderten Solvabilitätsspanne des Schweizergeschäftes (Art. 27 – 32 AVO) entspricht.
 - Es gelten aber je nach Versicherungszweig Mindestvorschriften, welche einzuhalten sind. Wenn mehrere Versicherungszweige betrieben werden, so gilt jeweils die Kautions des höheren Versicherungszweiges (Art. 15 VAG und Art. 15 AVO).

Nummern	Versicherungszweige	Mindestbetrag in SFR.
B 1	Unfall	60'000.--
B 2	Krankheit	60'000.--
B 3	Landfahrzeugkasko	60'000.--
B 4	Schienenfahrzeugkasko	60'000.--
B 5	Luftfahrzeugkasko	60'000.--
B 6	See-, Binnensee- und Flussschiffahrtkasko	60'000.--
B 7	Transport	60'000.--
B 8	Feuer und Elementar	60'000.--
B 9	Sonstige Sachschäden	40'000.--
B 10	Haftpflicht für Landfahrzeuge	80'000.--
B 11	Luftfahrzeughaftpflicht	80'000.--
B 12	See-, Binnensee. Und Flussschiffahrt haftpflicht	80'000.--
B 13	Allgemeine Haftpflicht	80'000.--
B 14	Kredit	280'000.--
B 15	Kautions	80'000.--
B 16	Verschiedene finanzielle Verluste	60'000.--
B 17	Rechtsschutz	60'000.--
B 18	Touristische Beistandsleistungen	60'000.--

- Technische Rückstellungen: Zu nennen sind die Bedingungen der Bildung und der Auflösung der technischen Rückstellungen. Die verwendeten Rückstellungsmethoden und die

Bewertung der versicherungstechnischen Verbindlichkeiten sind zu dokumentieren (Art. 16 VAG; Art. 54 und 69 AVO).

- Angaben zur geplanten Anlagepolitik.
6. Ernennungsurkunde und Vollmacht (gemäss Formular der FINMA) sowie ein Curriculum Vitae, ein Strafregisterauszug und eine Selbstdeklaration des Generalbevollmächtigten (Art. 15 Abs. 1 Bst. b VAG und Art. 16 ff. AVO).
 7. Die namentliche Bezeichnung des verantwortlichen Aktuars oder der verantwortlichen Aktuarin.
 - Der verantwortliche Aktuar oder die verantwortliche Aktuarin muss einen guten Ruf genießen, beruflich qualifiziert und in der Lage sein, die finanziellen Folgen der Tätigkeit des Versicherungsunternehmens richtig einzuschätzen (Art. 23 VAG).
 - Er oder sie muss über den Titel „Aktuar SAV“ oder einen gleichwertigen Titel verfügen. Auf Antrag kann die Aufsichtsbehörde auch eine entsprechende fachliche Ausbildung verbunden mit einer mindestens fünfjährigen Berufserfahrung als Aktuar oder Aktuarin als Nachweis der beruflichen Fähigkeiten anerkennen (Art. 99 AVO).
 8. Die Verträge oder sonstige Absprachen, durch die wesentliche Funktionen des Versicherungsunternehmens ausgegliedert werden sollen.
 - Wesentliche Funktionen eines Versicherungsunternehmens sind Tätigkeiten, die zwingend zu einem Versicherungsunternehmen gehören. Es sind dies: Die Produktion (Vertrieb, Absatz), die Bestandesverwaltung (Policenverwaltung), die Schadenregulierung, das Rechnungswesen, die Vermögensanlage/-verwaltung sowie IT / EDV.
 - Bereiche, die nicht ausgegliedert werden dürfen, sind: Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle durch den Verwaltungsrat sowie zentrale Führungsaufgaben.
 9. Die geplanten Versicherungszweige und die Art der zu versichernden Risiken sowie Angaben zur geplanten Geschäftspolitik.
 10. Falls die Motorfahrzeughaftpflichtversicherung betrieben werden soll: Die Erklärung des Beitritts zum Nationalen Versicherungsbüro und zum Nationalen Garantiefonds. (Vgl. Wegleitung Spezielle Bedingungen B10, Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung).
 11. Angaben über die Mittel zur Erfüllung der Beistandsleistungen, sofern eine Bewilligung für den Versicherungszweig „Touristische Beistandsleistung“ beantragt wird.
 12. Den Rückversicherungsplan sowie, für die aktive Rückversicherung, den Retrozessionsplan. Das Versicherungsunternehmen hat nachzuweisen, dass der oder die Rückversicherer zur Übernahme des Risikos bereit sind. Der Eigenbehalt über das gesamte Schweizergeschäft jedes Versicherungszweiges sollte nicht weniger als 10% betragen.

Der FINMA sind Kopien der abgeschlossenen Rückversicherungsverträge einzureichen.
 13. Die voraussichtlichen Kosten der Errichtung und des Aufbaus oder einer aussergewöhnlichen Geschäftsausweitung der Zweigniederlassung (Art. 15 Abs. 1 Bst. d VAG).
 14. Die Planzahlen für die ersten drei Geschäftsjahre.
 15. Angaben zur Erfassung, Begrenzung und Überwachung der Risiken. Die Zweigniederlassung muss über ein den Geschäftsverhältnissen angemessenes Risikomanagement verfügen (Art. 22 VAG; Art. 96 – 98 AVO).

16. Die Tarife und Allgemeinen Versicherungsbedingungen, welche in der Schweiz verwendet werden bei der Versicherung von sämtlichen Risiken in der Zusatzversicherung zur sozialen Krankenversicherung (Krankenzusatzversicherung) sowie in der Elementarschadenversicherung. Diese Tarife und Allgemeinen Versicherungsbedingungen unterstehen der Genehmigungspflicht. Im Einzelnen gilt Folgendes:
- Krankenzusatzversicherung: Die Tarife sind durch zweckdienliche, statistisch-technische Unterlagen zu begründen (Art. 38 VAG). Die Allgemeinen Versicherungsbedingungen müssen mit den zwingenden Vorschriften der schweizerischen Gesetzgebung im Einklang stehen.
 - Elementarschadenversicherung: Für diesen Zweig gilt eine spezielle aufsichtsrechtliche Ordnung. Insbesondere sind Deckungsumfang und Prämientarif der Elementarschadenversicherung für alle Versicherungsunternehmen einheitlich und verbindlich (Art. 33 VAG). (Vgl. Wegleitung Spezielle Bedingungen B 8, Feuer- und Elementarschadenversicherung).
- Vorzulegen sind auch die nicht genehmigungspflichtigen Tarife und Allgemeinen Versicherungsbedingungen in den übrigen Versicherungszweigen.
17. Weitere Angaben und Unterlagen: Die FINMA kann im Einzelfall weitere Angaben und Unterlagen verlangen, sofern diese für die Beurteilung des Gesuchs erforderlich sind (Art. 4 Abs. 4 VAG)

II.2 Weitere Informationen

Für folgende Versicherungszweige stellt die FINMA ergänzende Wegleitungen zur Verfügung:

- Versicherungszweig B1, Unfallversicherung
- Versicherungszweig B8, Feuer- und Elementarschadenversicherung
- Versicherungszweig B10, Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung
- Versicherungszweig B14, Kreditversicherung
- Versicherungszweig B17, Rechtsschutzversicherung
- Krankenzusatzversicherung

III. Einige Hinweise auf die aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Erteilung der Bewilligung (bei laufendem Geschäftsbetrieb)

Das schweizerische Aufsichtsrecht unterstellt die Versicherungsunternehmen, resp. die Zweigniederlassungen, einer permanenten Aufsicht. Dies bedeutet, dass die Versicherungsunternehmen, resp. die Zweigniederlassungen, nicht nur für die dauernde Einhaltung der in Ziff. II genannten Bewilligungsanforderungen sorgen müssen. Sie haben überdies eine Reihe weiterer aufsichtsrechtlicher Pflichten zu befolgen.

Einige der wichtigsten dieser Pflichten sind nachfolgend im Sinne einer nicht abschliessenden Aufzählung aufgeführt. Diese Aufzählung stellt eine allgemeine Information dar und kann die Lektüre und

Kenntnisnahme der Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen sowie der einschlägigen Kommunikationen der FINMA nicht ersetzen. Bei Fragen zum Verständnis oder zur Interpretation einzelner Normen des Aufsichtsrechts gibt die FINMA Interessierten gerne gebührenpflichtig Auskunft.

III.1 Änderungen des Geschäftsplans

Die Änderungen des Geschäftsplans gemäss Art. 5 Abs. 1 VAG sind der FINMA vor deren Umsetzung zur Genehmigung zu unterbreiten.

Die Änderungen des Geschäftsplanes gemäss Art. 5 Abs. 2 VAG sind der FINMA innert 14 Tagen ab Eintritt des mitteilungspflichtigen Sachverhaltes mitzuteilen (Art. 5 AVO). Sie gelten als genehmigt, sofern die FINMA nicht innert vier Wochen eine Prüfung des Vorganges einleitet.

III.2 Organisation der Zweigniederlassung

Organisation und leitendes Personal der Zweigniederlassung müssen Gewähr für eine einwandfreie Geschäftsführung in der Schweiz bieten.

Der oder die Generalbevollmächtigte vertritt das ausländische Versicherungsunternehmen gegenüber der Aufsichtsbehörde und gegenüber Dritten in allen Angelegenheiten, welche die Ausführung der Versicherungsaufsichtsgesetzgebung betreffen (Art. 17 AVO).

III.3 Interne Überwachung der Geschäftstätigkeit

Das Versicherungsunternehmen hat ein wirksames internes Kontrollsystem einzurichten, das seine gesamte Geschäftstätigkeit umfasst. Zudem bestellt es ein von der Geschäftsführung unabhängiges internes Inspektorat.

In begründeten Einzelfällen kann die FINMA ein Versicherungsunternehmen von der Pflicht, ein internes Inspektorat zu bestellen, befreien (Art. 27 VAG). Ein Versicherungsunternehmen, das von dieser Ausnahmebestimmung Gebrauch machen will, hat der FINMA ein entsprechend begründetes Gesuch einzureichen.

III.4 Bedeckung der Solvabilitätsspanne

Das Versicherungsunternehmen muss eine Solvabilitätsspanne nach Artikel 9 VAG ausweisen, die auch die Geschäftstätigkeit in der Schweiz umfasst.

Das Versicherungsunternehmen verfügt in der Schweiz über unbelastete Vermögenswerte im Umfang der geforderten Solvabilitätsspanne, die nach den Artikeln 23-32 AVO für den Geschäftsbetrieb in der Schweiz gefordert wird (Art. 15 AVO).

Das Versicherungsunternehmen hat der Aufsichtsbehörde jährlich einen Solvabilitätsnachweis einzureichen.

III.5 Gebundenes Vermögen

Das Versicherungsunternehmen muss die Ansprüche aus Versicherungsverträgen durch ein gebundenes Vermögen sicherstellen (Art. 17 VAG; Art. 70 – 95 AVO). Der Sollbetrag setzt sich aus den in Art. 68 AVO genannten Elementen zusammen. Er muss bei seiner Bestellung mindestens CHF 100'000 betragen (Art. 70 AVO), wobei die Mittel auf ein in der Schweiz zugelassenes Finanzinstitut einbezahlt werden müssen.

Der Sollbetrag des gebundenen Vermögens muss jederzeit durch bestimmte, dem gebundenen Vermögen zugeordnete Vermögenswerte gedeckt sein. Der Aufbau erfolgt zeitlich parallel zur Aufstockung der technischen Rückstellungen. Die erstmalige Bestellung des gebundenen Vermögens erfolgt auf den Zeitpunkt der Betriebsaufnahme. Für die Folgejahre verschickt die FINMA die entsprechenden Formulare jeweils im Januar; Abgabetermin ist Ende März (Art. 72 AVO).

Das Versicherungsunternehmen muss für die jährliche Prüfung des gebundenen Vermögens an seinem Sitz eine Prüfgesellschaft beauftragen und die FINMA via Fragebogen informieren. Die FINMA wird dem Versicherungsunternehmen einen vorbereiteten Vertrag zustellen.

III.6 Betrieb der Rückversicherung

Die Bewilligung zum Betrieb eines Versicherungszweiges schliesst die Ermächtigung zum Betrieb der Rückversicherung in diesem Zweig mit ein.

III.7 Berichterstattungspflicht

Die Versicherungsunternehmen haben jährlich einen Geschäftsbericht und einen Aufsichtsbericht zu erstellen. Der Aufsichtsbericht ist der FINMA auf elektronisch ausgefüllten Formblättern, zusammen mit dem Geschäftsbericht, bis zum 30. April einzureichen (Art. 25 VAG).

III.8 Gebühren und Aufsichtsabgabe

Die Deckung der Kosten der Versicherungsaufsicht erfolgt durch Gebühren sowie eine jährliche Aufsichtsabgabe für Kosten der FINMA, die durch die Gebühren nicht gedeckt sind. Die Aufsichtsabgabe setzt sich aus einer fixen Grundabgabe von CHF 3'000.- und einer variablen Zusatzabgabe zusammen. Die Zusatzabgabe deckt die Kosten, soweit diese nicht aus dem Ertrag der Grundabgabe gedeckt sind. (Art. 15 FINMAG, Art. 4, 12 und 24 FINMA-Gebühren- und Abgabenverordnung [FINMA-GebV, SR 956.122])

III.9 Betrieb zusätzlicher Versicherungszweige

Will das Versicherungsunternehmen zusätzliche Versicherungszweige betreiben, so benötigt es hierfür eine Bewilligung der FINMA für jeden weiteren Versicherungszweig (Art. 4 Abs. 2 Bst. k VAG in Verbindung mit Art. 5 Abs. 1 VAG). Das Versicherungsunternehmen legt seinem Gesuch alle Unterla-

gen zum Geschäftsplan bei, welche gegenüber den Angaben in Titel II.1, Ziffer 1 bis 16 geändert haben oder neu eingeführt werden.